

Abstract Vortrag Prof. Dr. Becker („Recht auf Stadt“)  
*„Vom Bürger zum Kunden – Das Ende der „Bürgerkommune“  
mit Beispielen aus einer badischen Mittelstadt*

Für die letzten beiden Jahrzehnte ist eine verstärkte Umstrukturierung globaler, nationaler und regionaler Wirtschaftsgefüge feststellbar. Diese ging einher mit der Auflösung der starken Blockbildung zwischen ost und west, bzw. zwischen kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaftssystemen. Im Zuge weiterer Lockerung von Handelsschranken sowie der Nutzung von Kommunikations- und Datenverarbeitungstechnologien konnten weltweite Produkt-, Dienstleistungs-, Finanz- und Unternehmensmärkte entstehen. Diese ermöglichten neben der Nutzung neuer Märkte auch die Verlagerung von Produktionsstätten sowie die Zentralisierung von Unternehmensfunktionen wie z.B. Forschung und Entwicklung oder Personaldienstleistungen und führt zu einer internationalen oder globalen Arbeitsteilung (siehe Schaubild oben) und führten zu einem verschärften Wettbewerb zwischen globalen Regionen, Nationalstaaten und Kommunen.

Die Umstrukturierung globaler, regionaler und kommunaler Wirtschaftsgefüge ist für manche Regionen eher mit Risiken von Verlusten an Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen sowie hohen Kosten für Umwelt, Boden, Arbeit und soziale Sicherung verbunden, während andere Regionen eher von den Chancen auf Zuwächsen an Arbeit und Steuereinnahmen sowie geringen Kosten für Umwelt, Boden, Arbeit und soziale Sicherung profitieren.

Durch den verschärften interkommunalen Wettbewerb um Standortfaktoren, Investitionen, Fachkräfte und Fördermittel, entsteht zunehmender Druck zur Deregulierung zugunsten von Attraktivitätssteigerungen als Standort. Gleichzeitig wird der politische Einfluss von Kommunen eingeschränkt, weil sie unter Wettbewerbsbedingungen weniger Restriktionsmöglichkeiten und Druckmittel durchsetzen können. So kommt es zur Veränderung von Selbstverständnis und Bedeutung lokaler (Kommunal)-Politik. Diese geht einher mit einer zunehmenden Ökonomisierung kommunaler Stadtpolitik (Public-Private-Partnership, Outsourcing öffentlicher Aufgaben, etc.) einer Ausrichtung von Stadtverwaltungen auf unternehmerische Führung (Lean Management / neues Steuerungsmodell) und verstärkten Marketingstrategien (CitymanagerInnen, kommunales Eventmarketing und „Festivalisierung“ des öffentlichen Stadtlebens sowie bauliche Aufwertung und Möblierung von Innenstädten) der Kommunen. Dabei mutieren BürgerInnen aus wettbewerbsorientierter Perspektive zu reinen KundInnen von Produkten und Dienstleistungen. BürgerInnen genießen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung jedoch Bürgerrechte, ein „Recht auf Stadt“ und nicht nur konsumorientierte Kundenrechte.

Mit Bürgerrechten sind Aufenthalts-, Beteiligungs- und (Mit-)Entscheidungsrechte verbunden. Diese werden durch Sicherheitsmaßnahmen wie Videoüberwachung im öffentlichen Raum, Vertreibung von Wohnungslosen und KünstlerInnen aus dem öffentlichen (Stadt)Raum sowie durch schleichende Umwidmungen von öffentlichem in privaten Raum z.B. für Gastronomie zwecke in Frage gestellt.

Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der bürgerlichen Selbstverwaltung der Stadt, also dem Ausbalancieren der Machtpotentiale zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft angesichts der kommunalen Überschuldung insbesondere von Kommunen in strukturschwachen Regionen.

In diesem Beitrag werden die Ursachen für die Ökonomisierung der Stadtpolitik, hergeleitet und deren Folgen wie z.B. die Spaltung und Polarisierung von Städten und Stadtteilen/Quartieren beleuchtet, um damit die Diskussion über das „Recht auf Stadt“ und deren Konsequenzen für die soziale Stadt- und Quartierentwicklung anzuregen. (siehe Schaubild!)

### Folgen ökonomischer Entwicklungen für die Städte

